

auch jene geben, die mit der Tatsache, daß es eine bestimmte Zahl von Armen und Arbeitslosen gibt, ganz gut leben können und damit auch in gewisser Weise spekulieren: Denn Menschen, denen es schlecht geht, sind eher bereit, unter schlechteren Bedingungen als andere zu arbeiten.

Menschenwürde einzumahren reicht als Einsatz der Kirche nicht mehr aus. Die Glaubwürdigkeit des Einsatzes wird und muß durch das konkrete Engagement vieler Christen in sehr unterschiedlichen Lebensbereichen abgestützt sein. Ermuntern und Dahinterstehen, wenn Christen sich engagieren und auch einmal etwas riskieren, ist für die Kirche das Gebot der Stunde.

Die Christen sollten ihre Angst verlieren, sich in der Politik die Hände schmutzig zu machen: Gerade dort ist der Ort, wo sie mit Deutlichkeit für einen anderen Umgang mit jenen, die am Rand der Gesellschaft stehen, eintreten können. Es sollte unter Christen mehr Mut geben, sich für bestimmte Anliegen – zum Beispiel den Umgang mit Flüchtlingen oder Arbeitslosen – mit Christen anderer Parteien zu verbünden und eine Überzeugung notfalls auch gegen die Parteilinie zu vertreten. Wir Christen dürfen uns auch ruhig ein wenig mehr trauen, Allianzen mit anderen Gruppen, die sich für menschenwürdige Strukturen einsetzen, einzugehen.

Die Kirche wird sich, wenn sie deutlicher über die Überwindung von Armut und Reichtum spricht und in dieser Weise handelt, einem rauheren Wind aussetzen. Die Angst vor einem Sturm sollte sie nicht lähmen, denn es gibt die Zusage, daß wir uns nicht zu fürchten brauchen, weil er „alle Tage bis ans Ende der Welt“ bei uns bleiben wird.

Kurt Klein Arm und Reich

Was sagt die
Statistik?

Wie ist es in unseren deutschsprachigen, (noch?) von „sozialer Marktwirtschaft“ geprägten Ländern und in den westlichen Nachbarländern um Armut und Reichtum bestellt? Dazu könnte eine Fülle von statistischem Material angeführt werden. Klein geht im folgenden Beitrag einen anderen Weg: er bietet nur wenige Zahlen über Einkommen, Ausgaben, Vermögen und andere Faktoren, die zu Armut, Wohlstand und eigentlichem Reichtum beitragen, sondern er legt in knappen Strichen die Befunde dar und erklärt, wie diese Befunde zustande kommen.

red

Ein Jahrhundert geht zu Ende, in dem „materielle Dichte“ und Wohlstand in vielen Ländern stark zugenommen haben. In Österreich ist das Brutto-Inlandsprodukt, d. h. die volkswirtschaftliche Wertschöpfung, pro Kopf und preisbereinigt, von 1900 bis 1994 auf mehr als das Neunfache gestiegen, in Deutschland und der Schweiz nicht weniger.

Kein Zweifel: auf volkswirtschaftlichem Niveau gibt es ein Mehr an Einkommen, Vermögen und Wohlstand. Dennoch gibt es Sorgen genug. Armut und Arbeitslosigkeit sind nicht besiegt. Existenzrisiken sind nicht verschwunden, sondern scheinen wieder zuzunehmen. Das Problem liegt bei der *Verteilung*. In den fünfziger bis siebziger Jahren scheint sie gleichmäßiger geworden zu sein, seit den achtziger Jahren hat sich das offenbar geändert.

Was wissen wir über
Einkommen und
Vermögen?

Die Interpretation von Daten über Einkommen und Vermögen ist außerordentlich schwierig, da sie zahllose Vorbemerkungen aus dem Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht erfordert. Dieser Beitrag bietet deshalb nur wenige Zahlen. Er versucht zu erklären, wie diese Daten zustandekommen, und beschränkt sich auf Befunde, die sich statistisch belegen lassen, ohne diese Belege einzeln vorzuführen.

Die Wertschöpfung einer Volkswirtschaft kann durch ein international vereinbartes Rechenwerk bestimmt werden. Die Verteilungsseite dieses Rechenwerkes unterscheidet nur wirtschaftliche Kategorien: Lohneinkommen, brutto und netto; Besitzeinkünfte; Entnahmen und Gewinne usw. Soziale Kategorien fehlen, sie können nicht „von oben“ aus den Aggregaten abgeleitet, sondern müssen „von unten“ aus verschiedenen Einzelstatistiken zusammengesucht werden. Über die einzelnen Elemente von Einkommen und Wohlstand liegen „von unten“ aber sehr ungleichmäßige Informationen vor: gute über die Lohneinkommen der abhängig Erwerbstätigen, die Bezüge der Pensionisten, die Unterstützungen der Arbeitslosen, den Besitz verschiedener Vermögensstücke, schlechte über die Einkommen der selbständig Erwerbstätigen, über viele Zusatz- und Nebeneinkommen, über viele Randgruppen (Sozialhilfeempfänger, Unterstandslose, Klienten verschiedener Beratungsdienste). Gar keine Informationen gibt es über individuelle Einkommen aus Sparguthaben, Wertpapieren, Lebensversicherungen, anderen Anlageformen; aus illegaler, nicht versteuerter Arbeit; über Rücklagen, Schulden und Zahlungsverpflichtungen; über den Erwerb aus Erbschaften und Schenkungen; über den Gesamtwert individuellen Besitzes.

Ein schwer überschaubarer Fundus an Daten gibt also

Auskunft auf unsere Fragen: Wer steht „oben“ und „unten“ auf der Wohlstandsskala? Wer sind die Gewinner und Verlierer der letzten Jahre? – Beginnen wir am unteren Ende der Verteilung, bei der Armut.

Was ist Armut?

Soll Armut gemessen werden, muß sie definiert werden. In entwickelten Gesellschaften ist Armut immer *relative Armut*, bezogen auf einen durchschnittlichen Lebensstandard. Der einfachste und häufigste Ansatz geht vom *Einkommen* aus: Gefährdet ist ein Haushalt, dessen gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen 50% des nationalen Durchschnittes nicht erreicht. („Gewichtet“ heißt, daß den einzelnen Haushaltsmitgliedern verschiedene Relationen zugeschrieben werden, z. B. dem ersten Erwachsenen 1,0, dem zweiten 0,7, den Kindern je nach Alter 0,33–0,8.) Armut kann, mit dem gleichen Schwellenwert, auch an den *Ausgaben* eines Haushaltes gemessen werden, oder am Anteil der Ernährungsausgaben am gesamten Haushaltsbudget.

Die Messung von Armut am *Vermögen* scheitert am Datenmangel und ist allenfalls ergänzend mit Hilfe von Fragen nach bestimmten Vermögensbestandteilen (Haus- und Grundbesitz, Wohnung, Besitz von Fahrzeugen und Geräten) möglich. Diese „*Ausstattungsarmut*“ ist bei uns allerdings wenig verbreitet: Auch Haushalte in bedrängten Situationen haben meist Farbfernseher, auch PKW, im ländlichen Raum oft Eigenheime.

Einkommensarmut zu einem bestimmten Zeitpunkt ist eine wichtige, aber keine ausreichende Beschreibung beschränkter Lebensverhältnisse. (Bei Feststellungen zur Einkommensarmut wird deshalb meist nur von „Armutgefährdung“ gesprochen.) Wir wissen ja nicht, wie lange solche Phasen dauern. Wir wissen nicht, ob es Vermögenswerte oder Rücklagen gibt, die die Situation erträglicher, ob es Schulden und Zahlungsverpflichtungen gibt, die sie noch drückender machen können. Schwer erfaßbare Nebeneinkommen, z. B. aus Sparzinsen, Wertpapieren, Vermietung und Verpachtung, spielen eine immer größere Rolle in den Haushaltsbudgets. Armut sollte deshalb fortlaufend und in allen Dimensionen beobachtet werden, am besten in Form sogenannter „Panel“-Erhebungen, jährlich wiederholten Umfragen bei denselben Haushalten. Sie beobachten Armut im Längsschnitt, nicht im Querschnitt. So kann Armut als vorübergehende oder dauernde Benachteiligung bestimmter Lebenslagen besser beschrieben werden.

Wie viele Menschen sind arm?

Eine EU-Studie über Armut in den 12 „alten“ EU-Staaten kommt, anhand von (nicht voll vergleichbaren) Haushaltsbudgeterhebungen aus den späten achtziger Jahren

und unter Verwendung einer sehr einfachen Gewichtungsskala (erster Erwachsener: 1,0, jede weitere Person ab 14 Jahren: 0,5, jedes Kind unter 14 Jahren: 0,3) zu folgenden Ergebnissen:

Die geringsten Anteile (unter 10%) von Haushalten, die ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 50% des nationalen Durchschnittes beziehen, gibt es in Belgien, Dänemark, Luxemburg und den Niederlanden. Im mittleren Bereich (10–15%) liegen (West-)Deutschland und Frankreich, etwas darüber Irland, Spanien und das Vereinigte Königreich. Hohe Anteile von armutsgefährdeten Haushalten (über 20%) haben Griechenland, Italien und Portugal.

In Österreich waren 1993, gemessen am *Einkommen*, je nach verwendeter Gewichtungsskala 10–12% der Bevölkerung armutsgefährdet.

Wer ist besonders gefährdet?

Wo ist materielle Gefährdung besonders verbreitet? Vor allem unter Pensionisten, deren Armutsgefährdung im Zeitvergleich allerdings zurückgegangen ist. Am häufigsten findet sie sich bei bäuerlichen Pensionisten, danach (mit fallenden Anteilen) bei pensionierten Hilfsarbeiter/innen, bei pensionierten Selbständigen, die früher einen Kleinbetrieb hatten, und bei pensionierten Arbeiter/innen. Danach: bei arbeitslos gewordenen Arbeitern. Unter den Erwerbstätigen: in bäuerlichen Haushalten und bei Hilfsarbeitern.

Alleinstehende Beschäftigte waren in den achtziger Jahren kaum durch Armut gefährdet, ebenso Paare mit zwei Einkommen, auch Alleinverdienerpaare ohne Kind. Mit steigender Kinderzahl nimmt die Armutsgefährdung rasch zu und erreicht bei Alleinverdienerhaushalten mit drei oder mehr Kindern sehr hohe, bei einem zweiten Einkommen noch etwa durchschnittliche Werte. Auch beschäftigte Alleinerzieherinnen sind stärker betroffen als andere Gruppen von Erwerbstätigen.

Ähnlich bei Pensionistenhaushalten: alleinstehende Männer und Paare mit zwei Pensionen sind kaum gefährdet, alleinstehende Frauen (niedrige Eigen- oder Witwenpensionen!) etwas stärker; Paare mit einer Pension liegen etwas über dem Gesamtdurchschnitt aller Haushalte.

In ländlichen Gemeinden ist der Anteil armutsgefährdeter Haushalte mehr als doppelt so hoch wie in Mittel- und Großstädten.

Was macht arm?

Armut wird nur in Randgruppen (Flüchtlinge, Obdachlose, „Sandler“) als sichtbares Elend wahrgenommen. Materiell beschränkte Lebenschancen sind aber kein Randphänomen, sondern finden sich mitten in unserer Wohlstandsgesellschaft.

Armut kommt vor allem durch niedrige Erwerbseinkommen (und deren Fortsetzung im Pensionsbereich) zustande. Aus den vorliegenden Daten und Untersuchungen läßt sich mit Stichworten beschreiben, wo Armutsgefährdung in erhöhtem Ausmaß auftritt. Solche Stichworte sind: Schlechte Ausbildung. Unqualifizierte berufliche Tätigkeiten. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und „unfreiwillige Selbständigkeit“ (Saison-, Teilzeitarbeit, geringfügige Tätigkeiten ohne Sozialversicherung, Werkverträge). Arbeitslos werden und bleiben. Aufwachsen oder Wohnen in kleinen Gemeinden, besonders in peripheren Regionen (Deutschland: östliche Bundesländer!). Ausländer/in sein. Krank oder behindert sein. Einbrüche im Familienleben (Scheidung, Tod des Partners, Pflegefall). Aber auch: einfach eine Frau sein („Armut ist weiblich“). Mehrere Kinder und nur ein Einkommen haben. Kinder allein aufziehen. Als Kind Armut „erben“.

Die Sozialforschung liefert zusätzliche Beobachtungen: Schulden und Ratenverpflichtungen haben. Kaum Urlaub. Billiges Essen, selten ausgehen. Schlechte Wohnverhältnisse. Einschränkung sozialer Kontakte, um finanzielle Probleme zu verbergen. Psychosoziale und gesundheitliche Probleme.

Was bringt Wohlstand?

Armut scheint in unseren Gesellschaften etwa 10–15% der Bevölkerung zu betreffen. Die übrigen 85–90% sind nicht „reich“, aber etwa das Spektrum der von uns gewöhnlich erlebten „Normalgesellschaft“. Auch in dieser großen Gruppe gibt es selbstverständlich Unterschiede in Einkommen, Ausgaben, Vermögen, Ausstattung, Lebensstandard. In reichen Gesellschaften ist auch Reichtum eine relative Größe. Das Doppelte des gewichteten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens ist eine mögliche Abgrenzung für „reiche“ Haushalte – der vierfache Wert der vorhin erwähnten „Armutsgrenze“. Da es viele Armuts-, aber kaum Reichtumsstudien gibt, und Reichtum noch stärker als Armut eine „mehrdimensionale Größe“ ist, fehlen exakte Angaben über reiche Haushalte.

Begnügen wir uns also mit einigen Stichworten – oft die Contra-Begriffe zu jenen, mit denen wir Armut beschrieben haben. Solche Stichworte sind: Gute Ausbildung, vor allem ein Hochschulstudium mit Bezug zu Wirtschaft, Technik oder Verwaltung – kein „Orchideenfach“ –, ergänzt durch Post-graduate-Ausbildung, Auslandsstudien, Fremdsprachenkenntnisse, laufende berufliche Fortbildung. Mitgliedschaft in – männerdominierten – Eliteverbänden („Reichtum ist männlich“). Viele Tätigkeiten als Freiberufler (Arzt, Rechtsanwalt, Notar,

Architekt, Ziviltechniker), als Unternehmer in Wachstumsbranchen, in Management-Positionen, als leitender Angestellter oder Beamter, in Hochlohnbranchen. Kapitalbesitz, höherverzinsliche Anlagen. Immobilienbesitz und Immobilienerwerb. Vermögenserwerb durch Erbschaft oder Schenkung. Alle Steuervorteile nützen. Arbeit in Zentralräumen und Zentralstellen haben. (Aber auch: Ein auf Aufstieg, Wohlstand, Gewinn orientiertes Arbeitsleben mit hohem Arbeitsvolumen in der Aufstiegsphase, auch auf Kosten der Familie.) – Reichtum ist nur zu einem kleinen Teil am protzigen „demonstrativen Konsum“ für jedermann wahrnehmbar, zum größeren Teil wahrt er noble Distanz.

Verteilungen – „von oben“ betrachtet

Nun doch einige Zahlen. 1984/94 nahm das gesamte persönliche Einkommen der privaten Haushalte in Österreich im Durchschnitt um 6,1% pro Jahr zu. Die Lohneinkommen stiegen in diesem Jahrzehnt brutto um 4,7%, netto um 4,5% pro Jahr, die Einkünfte aus Besitz und Unternehmung im gleichen Zeitraum um 7,1% – jene aus der Land- und Forstwirtschaft fast gar nicht, jene aus Gewerbebetrieb jährlich um 7,7%, aus freiberuflicher Tätigkeit um 10,5%. Die Sozialtransfers (vor allem Pensionen) stiegen 1984/94 um 6,9% pro Jahr.

Real, d. h. bei Ausschaltung von Preissteigerungen, sind die Lohneinkommen 1984/94 brutto um 1,8%, netto um 1,7% pro Jahr gestiegen, die gesamten Masseneinkommen um 2,7%.

Fallen die Arbeitnehmer also zurück? In einer entwickelten Volkswirtschaft mit zunehmenden Vermögensbeständen bleiben die Lohneinkommen gegenüber den Besitzeinkommen langfristig zurück. Die „Lohnquote“, der Anteil der Lohneinkommen (brutto) am gesamten Volkseinkommen, ist 1984/94 von 72,7% auf 71,2% zurückgegangen. Daß auch ein Teil der Besitzeinkommen, z. B. aus Sparzinsen, Arbeitnehmern und Pensionisten zufließt, ist dabei keine Frage. (Die Sparguthaben stiegen im Jahrzehnt 1984/94 jährlich um 11,5%.) Besitzeinkommen dürfen also nicht mit den Einkommen der Selbständigen verwechselt werden. Die einzelnen Aggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lassen sich ja nicht auf soziale Gruppen umschlüsseln. (Dazu müssen wir uns die Verteilungen „von unten“ ansehen.) Daß die – gering und linear besteuerten – Kapitaleinkommen nicht vorwiegend aus den Spareinlagen der kleinen Leute, sondern aus Veranlagungen der Großanleger stammen, ist jedoch kein Geheimnis.

Verteilungen – „von unten“ betrachtet

Wirtschaftsmagazine berichten gerne über Spitzeneinkommen („Wer ist der reichste Österreicher?“). Die Stati-

stik kann zu diesem Thema einige Kennzahlen beitragen. Sie messen die Konzentration von Einkommen – wiederum sind es nur Einkommen, entsprechende Daten für Vermögensverteilungen fehlen – auf die obersten 10% oder 1% der Einkommensbezieher. Oder sie messen die Abweichung von Einkommensverteilungen von einer hypothetischen Gleichverteilung und zeigen dabei für die mittel- und westeuropäischen Staaten auf der Netto-Ebene je nach Steuersystem mäßig oder stark gedämpfte Ungleichheiten (und viel größere Ungleichheiten bei der Vermögens- als bei der Einkommensverteilung).

Auch dazu einige Angaben aus Österreich. Sie stammen aus der Einkommensteuerstatistik 1993 und der Lohnsteuerstatistik 1994. (Lohn- und Einkommensteuer werden in Österreich nach dem gleichen Tarif berechnet.)

1993/94 bezog die „untere Hälfte“ aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen knapp 19% der gesamten Bruttoeinkommen, die „obere Hälfte“ mehr als 81%. Das oberste Zehntel bezog 30% der Lohnsumme und 43% der zur Einkommensteuer veranlagten Einkünfte, das oberste Prozent allein 6% der Lohnsumme und 15% der veranlagten Einkünfte. Diese Verteilung ist bei den Lohneinkommen in den letzten Jahren etwa stabil geblieben, bei den sonstigen Einkünften durch den starken Anstieg der Spitzeneinkommen etwas ungleicher geworden.

1993/94 gab es gegen 90.000 Personen mit (Brutto-)Jahreseinkommen von mehr als 1 Million, darunter 15.500 mit solchen von mehr als 2 Millionen Schilling. Der Anteil der „Einkommensmillionäre“ an allen Einkommensbeziehern erreichte bei den Arbeitnehmern 1,5% (Männer 2,4, Frauen 0,3%), bei Pensionisten 0,4% (Männer 0,7, Frauen 0,1%), bei den zur Einkommensteuer Veranlagten (auch darunter wegen sonstiger Zusatzeinkünfte mehr als die Hälfte Arbeitnehmer!) 7,5% (Männer 9,6, Frauen 3,2%).

Besser als mit den Jahresverdiensten der Steuerstatistik kommen wir mit Monatsverdiensten aus anderen Quellen zurecht. 1995 verdiente die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten in Österreich brutto mehr (die andere Hälfte weniger) als S 23.300 (Männer S 26.500, Frauen 18.500), wenn man die in Österreich zustehenden 14 Monatsbezüge auf 12 Monate umrechnet. Schon in den Hauptgruppen zeigen sich erhebliche Unterschiede der mittleren Monatsbezüge: Weibliche Arbeiter hatten S 15.300 pro Monat, weibliche Angestellte 20.800, männliche Arbeiter 23.800, männliche Beamte (darunter viele Angehörige der Exekutive mit niedrigen Gehältern) 27.700, weibliche Beamte (darunter viele gut bezahlte Lehrerinnen) 30.200, männliche Angestellte 34.000.

Seit Beginn der achtziger Jahre sind die Frauenverdienste trotz starker Zunahme der Teilzeitarbeit bei Arbeitern und Angestellten stärker gestiegen als jene der Männer (durch Verschiebungen der Beschäftigtenstruktur und überproportionale Anhebung der Mindestlöhne). Korrigiert man den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten bei den Frauen, auf den etwa ein Drittel der Verdienstunterschiede zu den Männern zurückgeht, betragen die Vorteile (vollzeitbeschäftigter) Männer gegenüber (vollzeitbeschäftigten) Frauen 28% (bei Arbeitern und Angestellten darüber, bei Beamten darunter).

In den siebziger Jahren ist der Abstand zwischen gut und schlecht bezahlten Arbeitnehmern zurückgegangen, in den achtziger Jahren hat er sich wieder deutlich vergrößert. Dieser Trend wird auch in Zukunft anhalten (geringe Nachfrage nach wenig qualifizierten Mitarbeitern, Konkurrenz der Billiglohnländer).

Arbeitslose bezogen in Österreich 1994 zur Hälfte mehr (zur anderen Hälfte weniger) als S 8.800 pro Monat (Männer S 9.700, Frauen 7.300). Ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft, wird auf Antrag Notstandshilfe gewährt (1994: im Mittel S 7.000 pro Monat; Männer 7.900, Frauen 6.100).

Befunde zur Sache

Viele Befunde sprechen, nach vorangegangener Nivellierung, seit Ende der achtziger Jahre für eine zunehmend ungleichmäßige Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen.

— Die Verteilung des Volkseinkommens verschiebt sich von den Arbeitseinkommen zu den Besitzeinkommen. Zum Teil hängt das mit dem gestiegenen Wohlstand zusammen, zum Teil mit der ungleichen steuerlichen Belastung: Die Abgabenbelastung der Lohneinkommen hat in Österreich zugenommen, jene der Nichtlohneinkommen abgenommen.

— Österreich hat ein Abgabensystem, von dem nur geringe Umverteilungswirkungen ausgehen. Das liegt vor allem am hohen Anteil indirekter Steuern (z. B. Mehrwertsteuer) und an den durch die Höchstbeitragsgrundlage begrenzten Sozialversicherungsbeiträgen, die höhere Einkommen entlasten. (Direkte – an Einkommen oder Vermögen bemessene – Steuern belasten höhere Einkommen, indirekte – am Verbrauch bemessene – Steuern die ärmeren Bevölkerungsschichten relativ stärker.) Umverteilung erfolgt in Österreich vor allem durch staatliche Transfers und das öffentliche Güter- und Leistungsangebot. Nach dieser Umverteilung verfügt das „ärmste“ Zehntel der Haushalte über ein um rund 50% höheres Einkommen als vorher, das „reichste“ Zehntel um 28% weniger.

– Die Verteilung von Besitz und Vermögen und daraus fließenden Einkünften ist in den letzten Jahrzehnten ungleicher geworden. Mit ungleicher Leistung hat das, anders als bei den Arbeitsverdiensten, oft wenig zu tun. Ein Grund: Erbschaften und Schenkungen – Zuerwerb aus Reichtümern der Elterngeneration, die selbst keinen derartigen Zuerwerb hatte. Erben im Generationswechsel wirkte früher distributiv (wenig Vermögen, viele Kinder), heute wirkt es akkumulierend (viel Vermögen, wenige Kinder). Die starke Zunahme der Vermögenseinkommen bedeutet zugleich eine Zunahme der Einkommensunterschiede.

– Für die wiederholt geforderte Grundsicherung ist im Zusammenwirken von Beschäftigungssystem, Arbeitslosenversicherung, Früh- und Invaliditätspension, Ausgleichszulagen in der Alterssicherung, Pflegegeld sowie – subsidiär – der Sozialhilfe der Länder im Prinzip gesorgt. Die Höhe der Leistungen hängt freilich weitgehend vom Versicherungssystem, persönlichen Lebenslauf und familiären Konstellationen ab und differiert bei der Sozialhilfe zusätzlich nach Bundesländern. Ein Leben voll Arbeit kann im Alter zu Leistungen von S 5.000,– pro Monat (Bäuerinnen, Sozialhilfe, viele Pensionen von Frauen), aber auch von S 50.000,– (höhere Beamtenpensionen) führen.

– Das Ausmaß von Randgruppen ohne kontinuierliche Mindestsicherung (Unterstandslose, Sozialhilfeempfänger, Drogenabhängige, psychisch Kranke, Gelegenheitsarbeiter, illegal arbeitende Ausländer usw.) ist gering und bleibt insgesamt im Bereich von vielleicht 2–3% der Bevölkerung. Im Zeitvergleich hat diese Gruppe zuletzt allerdings deutlich zugenommen; bei Ausländern ist ihr Anteil viel höher.

– Ebenso zugenommen hat das Ausmaß „prekärer Arbeitsverhältnisse“ (Werkverträge, geringfügige Beschäftigungen, Teilzeitarbeit mit Zeitverträgen, Saisonbeschäftigungen), vor allem bei Frauen. Auch dort, wo sie einem Haushalt nur Zusatzeinkommen bringen, vergrößern sie die Unsicherheit der Einkommensverhältnisse.

– Dafür erbrachte das österreichische Transfersystem bisher – vor den Veränderungen durch das „Sparpaket“ – erhebliche Leistungen zum Ausgleich unterschiedlicher Berufs- und Familienbiographien von Frauen. (Die österreichischen Familienleistungen gehören auch nach den Kürzungen zu den höchsten in Europa – einschließlich der indirekten Förderung, z. B. durch beitragsfreie Mitversicherung von Angehörigen. Für das einkommensschwächste Drittel der Haushalte mit Kindern macht die Familienförderung ein Drittel des Nettoeinkommens aus.)

– Viele öffentliche Ausgaben und Transferleistungen sind „Umverteilung nach oben“, kommen also vor allem dem mittleren und oberen Einkommensdrittel zugute und verstärken damit die Ungleichheit von Verteilungen. Beispiele: Wohnbauförderung (als Objektförderung), Sparförderung, Aufwendungen für das höhere Schulwesen und die Universitäten, für den Straßenbau oder für Kulturförderung.

– Die jüngsten „Sparpakete“ zur Sanierung der öffentlichen Budgets und zum Erreichen der fiskalischen Mastricht-Kriterien führen zu breiten Reallohnverlusten und – vor allem durch Kürzungen im Transfersystem – zur Vergrößerung mancher Disparitäten. Bezieher von Aktiv-einkommen, vor allem in den oberen Rängen, aber auch Familien mit Kindern sind dadurch stärker, Pensionisten hingegen zunächst wenig belastet worden.

Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Bericht über die soziale Lage, Wien (jährlich); *Diether Döring – Walter Hanesch – Ernst-Ulrich Huster* (Hg.), Armut im Wohlstand, Edition Suhrkamp, Neue Folge, Bd. 595, Frankfurt am Main 1990; Eurostat (Hg.), Analysing Poverty in the European Community. Policy issues, research options and data sources, in: Eurostat News, Special edition 1/1990, Luxemburg 1990; Eurostat (Hg.), Poverty Statistics in the late 1980s, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1994; *Alois Guger*, Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO-Monatsberichte 10/1996; *Ernst-Ulrich Huster* (Hg.), Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt am Main – New York 1996; *Hedwig Lutz – Michael Wagner – Walter Wolf*, Von Ausgrenzung bedroht. Struktur und Umfang der materiellen Armutsgefährdung im österreichischen Wohlfahrtsstaat der achtziger Jahre, in: Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr. 50, hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1993; Österreichische Armutskonferenz 20.–21. Nov. 1995 Salzburg, Dokumentation; *Hans Steiner – Walter Wolf*, Armutsgefährdung in Österreich, hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1996; *Stefan Wallner*, Verarmungsrisiken im Wohlfahrtsstaat. Situationsanalyse und Problemkatalog zur sozialen Lage in Österreich, hg. von der Julius Raab-Stiftung zur Förderung von Forschung und Bildung, Wien 1995; *Walter Wolf*, Armutsmessung in Österreich und Europa, in: Österreichische Studien zur Amtlichen Statistik, hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1996.